

***(19)
Annäherung zwischen Beijing und dem Vatikan**

Es gibt Anzeichen dafür, daß der jahrzehntelange Streit zwischen der VR China und der Katholischen Kirche beendet werden könnte. Diese Ansicht vertraten jüngst Vertreter der Katholischen Kirche Hongkong, nachdem ihr Bischof Wu Cheng-chung mit einer Delegation nach Beijing gereist war. Für eine Versöhnung stellt China allerdings seine Bedingungen, die ein Sprecher des Außenministeriums in Beijing folgendermaßen umriß:

- Der Vatikan muß seine Beziehungen zu Taiwan abbrechen.
- Er muß die VR China als einzige rechtmäßige Regierung Chinas anerkennen.
- Er muß anerkennen, daß Taiwan ein Teil des chinesischen Territoriums ist.
- Er darf sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten, einschließlich der religiösen Angelegenheiten, einmischen.

Alle anderen Probleme, so der Sprecher, könnten gelöst werden. Wenn der Vatikan diese paar Dinge nicht machen könne, dann allerdings gäbe es keine Grundlage für Gespräche und Diskussionen. (*Da Gong Bao*, Hongkong, 11.11.94, nach SWB, 14.11.94; vgl. auch Television Broadcasts Ltd., Hongkong, 10.11.94, nach SWB, 14.11.94)

Der entscheidende Punkt, der bisher die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und dem Vatikan verhinderte, ist die Tatsache, daß Partei und Regierung dem Papst das Recht verweigern, in China Bischöfe zu ernennen. Dies wird als Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet. In den fünfziger Jahren wurde unter staatlichem Zwang die sog. Patriotiche Vereinigung gegründet, die sich von Rom losgesagt hat und ihre Bischöfe selbst ernannt. Obwohl China an dieser Praxis weiter festhält, ist es in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Kontakten und Sondierungen zwischen dem Vatikan und offiziellen Kreisen in China gekommen (vgl. dazu *China heute*, Nr.70 (1993), S. 163, und Nr.71 (1994), S. 4). Die Kontakte werden vor allem deshalb möglich, weil in Vatikanreisen ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hat, in dem die Chinesische Patriotiche Vereinigung nicht mehr absolut als Gegnerin Roms

wahrgenommen wird. Die romtreue Katholische Untergrundkirche in China steht einer Normalisierung der Beziehungen skeptisch bis ablehnend gegenüber (vgl. *China heute*, Nr. 71 (1994), S.9-10). -st-

Außenwirtschaft

***(20)
Verliert China in der GATT/WTO-Frage die Geduld?**

Seit einigen Jahren schon bemüht sich die VRCh um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation GATT, die vom 1.Januar 1995 an durch die WTO (World Trade Organization) ersetzt wird.

Die Mitgliedschaft im GATT/WTO setzt voraus, daß der Außenhandel eines Landes im wesentlichen liberalisiert ist - und hat zur Folge, daß jedes Mitglied automatisch die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt erhält.

Seit langem beklagt sich die chinesische Seite darüber, daß vor allem die USA dem "Wiedereintritt" der VRCh Steine in den Weg legt. China sei ein Gründungsmitglied des GATT, das nach Ausrufung der Volksrepublik i.J. 1949 zwar aus der Weltorganisation ausgeschieden sei, inzwischen aber alle wesentlichen Bedingungen für einen Wiedereintritt erfülle. Es habe in der Zwischenzeit auf die Umsetzung der meisten Bedingungen hingearbeitet; Haupthindernis sei jetzt eigentlich nur noch der Widerstand der USA. (So Li Peng nach AWSJ, 22.11.94)

Im Gegensatz zu den USA wünscht die EU einen baldmöglichen Beitritt der VRCh. Die USA drängen darauf, daß bei einem Beitritt die Clubbedingungen bezüglich Marktöffnung und -liberalisierung, Zollsenkungen, Zulassung ausländischer Handelsunternehmen in China sowie Schutz des geistigen Eigentums und Copyrights vertraglich geklärt sind.

Im Gegensatz dazu ist die EU bereit, den Chinesen vorübergehend einige Handels- und Importbeschränkungen durchgehen zu lassen. Allerdings müsse der Eintrittspreis für die VRCh

noch etwas erhöht werden. So soll China nach den Vorstellungen von Sir Leon Brittan (dazu *Handelsblatt*, 8.11.94) veranlaßt werden, (1) seine Zölle weiter zu reduzieren, (2) das Monopol chinesischer Außenhandelsorganisationen weiter aufzubauen, (3) die erst kürzlich verkündeten Erlasse über Beschränkungen in der Automobilindustrie zu revidieren und (4) ausländischen Unternehmen Zugang zu Aufträgen der öffentlichen Hand durch Standardisierung der Angebote zu verschaffen.

Die Amerikaner haben demgegenüber etwas strengere Vorstellungen. Zwar haben die Chinesen inzwischen einige Zugeständnisse gemacht, z.B. (1) Einzelheiten über alle chinesischen Importquoten zu publizieren, wobei auch die "sensitiven Produkte" näher definiert werden, (2) die Rechte der ausländischen Banken auf Beijing, zehn Provinzstädte und auf 13 Küstenstädte auszudehnen sowie (3) den ausländischen Banken zu erlauben, Geschäfte auch in lokaler chinesischer Währung durchzuführen. (FT, 14.11.94)

Damit sind die USA freilich noch nicht zufrieden: Amerikanische Geschäftsleute beklagen sich immer wieder über Diskriminierungen im Handel, die u.a. auch zu riesigen Handelsbilanzüberschüssen der Chinesen führten. So verzeichneten die USA beispielsweise bereits in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 ein Minus im Chinahandel von 14 Mrd.USD. Die EU-Länder hatten 1993 ein Minus von 8,2 Mrd. Ecu verbucht.

Am 28.November betonte der chinesische Verhandlungsleiter Long Yongtu bei einem Treffen mit dem GATT-Generaldirektor Peter Sutherland, daß China angesichts der ständigen Bremsmanöver der USA langsam die Geduld verliere. Die VRCh könne notfalls auch ohne GATT zurechtkommen. China setze hiermit einen Termin zum Jahresende 1994 für den Abschluß der "wesentlichen Verhandlungen". Nach Ablauf des Termins wolle Beijing keine neuen wesentlichen Angebote mehr unterbreiten.

Fast zur gleichen Zeit betonte jedoch Jiang Zemin bei der APEC-Konferenz in Jakarta, daß China nach wie vor höchst interessiert am Beitritt zum GATT sei und daß von einem solchen

Beitritt nicht nur die VRCh, sondern auch andere Länder profitierten. (XNA, 16.11.94)

Weitere amerikanische Bedenken richten sich gegen die Einräumung eines Entwicklungsländerstatus zugunsten Chinas innerhalb des GATT.

Ein solcher Vorbehalt ist aus der Sicht Beijings unverständlich, da China nach wie vor ein Entwicklungsland sei, und zwar sowohl nach den Maßstäben der UNO als auch der Weltbank:

- Die UNO teile die Länder in "entwickelte Marktwirtschaften" und "Entwicklungsmarktwirtschaften" ein. Zur ersten Kategorie gehörten die 24 Mitgliedsstaaten der OECD, während Länder, die im wesentlichen Erdöl und Handwerksprodukte exportierten, sowie die am wenigsten entwickelten Länder zu "Entwicklungsmarktwirtschaften" gerechnet werden.

- Was die Weltbank anbelangt, so benutzt sie einen quantitativen Maßstab in ihrem Klassifizierungssystem. Länder mit einem Pro-Kopf-BIP von weniger als 675 US\$ werden als "Länder mit geringem Einkommen" bezeichnet. China liege weit unter diesem Limit und sei auch deshalb schon ein typisches Entwicklungsland, heißt es in Beijing. Auch der Nettozuwachs von jährlich 16 Mio. zehre viele der Zuwächse wieder auf, die im Zeichen der gegenwärtigen schnellen Wirtschaftsentwicklung stünden.

Nach alledem sei es nur gerecht, wenn der VRCh der Status eines Entwicklungslandes innerhalb des GATT zuerkannt werde. (BRu 1994, Nr.46, S.12 f.) -we-

Binnenwirtschaft

*(21)

Reform der staatseigenen Unternehmen auf der Prioritätenliste für 1994

Anfang November wurde vom Staatsrat eine landesweite Konferenz über den Aufbau eines modernen Unternehmenssystems durchgeführt. In seiner Rede wies der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua darauf

hin, daß die Reform der staatseigenen Unternehmen im Zentrum der Wirtschaftsstrukturreform des Jahres 1994 gestellt werde. Obwohl die Gesamtsituation der staatseigenen Unternehmen als gut bezeichnet werden könne, seien eine Reihe von Unternehmen mit großen Problemen konfrontiert. Dies zeige, daß das derzeitige Unternehmenssystem nicht mit der Entwicklung der Marktwirtschaft Schritt halte und weitere Reformen notwendig seien.

Zou Jiahua zufolge habe der Staatsrat entschieden, daß die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission die Führung bei den Experimenten mit dem neuen Unternehmenssystem übernehmen solle. Die Umsetzung der Unternehmensreform würde insbesondere mit der Wirtschaftsreformkommission und anderen Ministerien, die davon betroffen werden, ausgeführt. Zou Jiahua kündigte die Auswahl von Pilotunternehmen für die Reform an. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 2.11.94, nach SWB, 17.11.94)

Zu den 100 ausgewählten Unternehmen für das Pilotprogramm zählen beispielsweise die Benxi Iron and Steel Company, Shanghai Automobile Corporation, Jianshe Industrial Corporation (Group), Tianjin Automobile Corporation, China Petrochemical Corporation, China Aviation Industry Corporation und China National Non-Ferrous Metals Leasing Co. Ltd.

Ziel der Unternehmensreform ist nach Angaben von Wang Zhongyu, Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, die Umwandlung dieser Unternehmen in effiziente Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die unabhängig von staatlichen Eingriffen und verantwortlich für Gewinn und Verlust sind. Zunächst müsse die Beziehung zwischen Eigentumsrechten und Unternehmensmanagement geklärt werden, dann die rechtliche Umwandlung dieser Staatsbetriebe erfolgen, das Unternehmenskapital nach der Bewertung des Unternehmensvermögens erhöht und schrittweise die Belastungen der Unternehmen, wie beispielsweise überschüssige Arbeitskräfte, reduziert werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.11.94, nach SWB, 5.11.94)

Nach wie vor erfolgt die Umsetzung der Unternehmensreform noch sehr zögerlich, da bestimmte Rahmenbe-

dingungen wie die soziale Absicherung der Arbeiter bei Unternehmenskonkursen noch im Aufbau befindlich sind. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wiesen wiederum 44% der staatseigenen Unternehmen Verluste auf, die sich insgesamt auf 29 Mrd. Yuan beliefen. Die Staatsbetriebe tragen jedoch nach wie vor mit über der Hälfte zum Steueraufkommen der gesamten Industriebetriebe bei; im letzten Jahr soll dieser Anteil 59% betragen haben. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.11.94, nach SWB, 5.11.94)

Auf der landesweiten Konferenz zum Aufbau eines modernen Unternehmenssystems wurden auch andere Maßnahmen zur Unterstützung der staatseigenen Betriebe genannt. Hierzu gehört beispielsweise die Erhöhung der Umlaufmittel der Unternehmen. Finanziert werden soll diese Maßnahme, indem den staatseigenen Unternehmen 15% der Unternehmenssteuern zurückerstattet werden. Weiterhin sollen die Investitionsmittel für die technische Umgestaltung der staatseigenen Unternehmen auf ein Volumen von rd. ein Drittel der gesamten Anlageinvestitionen erhöht werden. (CD, 4.11.94)

Einem Bericht der *Ming Bao* nach sollen den staatseigenen Konkursunternehmen zur Bezahlung ihrer Schulden ein Betrag in Höhe von 7 Mrd. US\$ von der Zentralregierung zur Verfügung gestellt worden sein. Diesen Betrag hoffen sowohl die Banken, bei denen die staatseigenen Unternehmen stark verschuldet sind, als auch die lokalen Behörden zu erhalten. Diese wollen die Mittel zur materiellen Absicherung der nach dem Konkurs arbeitslosen Beschäftigten einsetzen. Schätzungen dieser Hongkonger Quelle zufolge sollen die staatseigenen Unternehmen bei den Banken mit rd. 100 Mrd. Yuan verschuldet sein. (*Ming Bao*, Hong Kong, in Chinese, 22.10.94, nach SWB, 4.11.94) -schü-

*(22)

Beispiel für lokale Umsetzung der Unternehmensreform

Im nächsten Jahr wird sicherlich mit mehr Konkursen staatlicher Unternehmen zu rechnen sein als bisher. So soll beispielsweise der Bürgermeister von Wuhan in einem Interview mit der Hongkonger *Xinbao* erklärt haben,